

Rendsburg, den 16. Oktober 1998

Landjugend-Agrarausschuss fordert einfachere Lösungen im Naturschutz

Der Agrarausschuss des Landjugendverbandes Schleswig-Holstein e. V., die Vertretung der Junglandwirte in Schleswig-Holstein, fordert eine sofortige, umfassende Dezentralisierung und Deregulierung des Naturschutzes. "Wichtige Fragen wie der Naturschutz müssen in Eigenverantwortung vor Ort gelöst werden", so Hartwig Callsen, der Sprecher des Agrarausschusses. Aufgaben und Zuständigkeiten im Naturschutz müssten daher wieder von Bundes- und Landesebene auf Kreis-, möglichst sogar auf Amts- oder Gemeindeebene zurückverlagert werden. Nur so könne die wichtigste Ressource genutzt werden: Der Sachverstand, die Erfahrung und Kenntnis der Betroffenen. Statt "Öko-Spielwiesen", Paragraphenreiterei und einem Dschungel aus Plänen und Verordnungen müsse verstärkt der gesunde Menschenverstand und die Sachkenntnis vor Ort zu einem pragmatischen Naturschutz auf kommunaler Ebene führen.

"In der Vergangenheit wurde der Naturschutz vor allem durch die Vertreter der großen Verbände diskutiert und in immer stärkerem Maße auch blockiert", erläuterte Hartwig Callsen die Position des Agrarausschusses: "Diese verkrusteten Strukturen müssen in Zukunft wieder aufgebrochen werden". In diesem Zusammenhang kommt dem örtlichen Dialog aller am Naturschutz Beteiligten eine besondere Bedeutung zu. "Gewinner eines solchen Dialoges wäre die Natur, nicht irgendein Verband.", so Callsen.

Häufig führt die Ausweisung von Gebieten für den Naturschutz "von oben" zu Unmut und Unverständnis bei den Betroffenen. Diese fühlen sich übergangen oder zum Teil sogar "enteignet". Der Agrarausschuss spricht sich daher dafür aus, daß bereits bei der Prüfung der Schutzwürdigkeit eines Gebietes die Landeigentümer, Anlieger und örtlichen Gemeinden mit in die Planung einbezogen, zumindest aber umfassend informiert werden.

"Die Menschen vor Ort wissen selbst am besten, wie ihre Natur bewahrt und entwickelt werden kann", so der Sprecher des Agrarausschusses. Das bedeute natürlich nicht, daß auf das fundierte Fachwissen von Wissenschaftlern im örtlichen Naturschutz in Zukunft verzichtet werden solle. Aber: "Ohne Beteiligung der Betroffenen geht es nicht. Sie sind es, die den Naturschutz in der Gemeinde tragen müssen. Es geht um Akzeptanz, nicht um Ignoranz." In den vergangenen Jahren hat die Naturschutzpolitik und -verwaltung durch immer eifrigere und teurere Planungen und Verordnungen die Menschen vor Ort, speziell Landwirte, aber auch alle anderen Naturschützer, stark verunsichert. Diese Verunsicherung hat viel Eigeninitiative und guten Willen gebremst, zum Teil verhindert.

Mehr Flexibilität im Denken und Handeln aller Beteiligten - dies ist die Forderung der Landjugend. "Es kann doch nicht sein, daß das Versetzen von 50 Meter Knick in einem Ackerschlag von der Kreisverwaltung kategorisch abgelehnt wird, obwohl der Landwirt freiwillig bereit ist, zusätzliche 100 Meter Knick an anderer Stelle aufzusetzen", so Callsen. Die starre Konservierung des Ist-Zustandes oder Rückentwicklung eines historischen Zustandes ist nicht immer hilfreich für Natur und Mensch. Der Mensch hat die heutige Landschaft in Schleswig-Holstein über Jahrhunderte verändert und so teilweise erst die heutigen wertvollen Naturschutzräume und die für uns heute selbstverständliche Artenvielfalt erschaffen. Die Lebensgewohnheiten und Ansprüche des Menschen werden sich aber weiterentwickeln, und damit wird der Mensch auch seine Umwelt und die Flora und Fauna weiterverändern. Das Ausmaß dieser Änderungen sollte nicht von oben diktiert werden, sondern von den Menschen entschieden werden, die es betrifft - den Bürgern vor Ort!

"Statt tonnenschwerer Papierberge und lähmender Bürokratie braucht der

Naturschutzgedanke wieder Luft zum atmen! Dann werden Landwirte und alle anderen Naturschützer auch eine Vielfalt von örtlich angepaßten Lösungen für den Naturschutz finden.", faßte Callsen die Ansichten des Agrarausschusses zusammen.